

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.November 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte Lindenstraße
Vorlage: 12/SVV/0753
Oberbürgermeister
- 3.2 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis
- 3.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54
Vorlage: 11/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Besetzung der Leitung der Gedenkstätte Lindenstraße 54
Vorlage: 12/SVV/0142
Fraktion Die Andere
- 3.5 Kein Verkauf von Meldeadressen
Vorlage: 12/SVV/0474
Fraktion Die Andere
- 3.6 Umsetzung der Empfehlungen der Transparenzkommission - Sponsoring-
Richtlinien und Compliance-Richtlinie
Vorlage: 12/SVV/0511
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3.7 Vertragsverlängerung Intendantur Hans Otto Theater GmbH
Vorlage: 12/SVV/0644
Fraktion FDP
HA zur Erledigung
- 3.8 Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung
Vorlage: 12/SVV/0654
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 3.9 Standpunkt zur Verwaltungsreform
Vorlage: 12/SVV/0657
Fraktion DIE LINKE

- 3.10 Sozialtarif Energieversorgung
Vorlage: 12/SVV/0680
Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.11 Ausgabestelle der Potsdamer Tafel Am Schlaatz
Vorlage: 12/SVV/0685
Fraktion DIE LINKE
- 3.12 Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH
Vorlage: 12/SVV/0695
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
mit Ea Fraktion DIE LINKE, Äa Fraktion Die Andere, Äa Fraktion SPD
- 3.13 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Vorlage: 12/SVV/0703
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.14 Straßenreinigungssatzung 2013
Vorlage: 12/SVV/0726
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
mit Äa Fraktion DIE LINKE
- 3.15 Straßenreinigungsgebührensatzung 2013
Vorlage: 12/SVV/0727
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 3.16 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Zwischenbericht zur Umsetzung des Modellprojektes "Flexible Mietpreis- und Belegungsbindungen"
Vorlage: 12/SVV/0675
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.2 Information über die Situation am Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt
Potsdam 2011 (Wohnungsmarktbericht 2012)
Vorlage: 12/SVV/0707
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.3 Mögliche Zuordnung von Seen (des Fahrländer Sees)
Vorlage: 12/SVV/0796
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 4.4 Umsetzung des Anliegens gemäß DS 12/SVV/0147, "Zentraler Gedenkort"
Fraktion DIE LINKE

- 4.5 Information über die Aufnahme zusätzlicher Asylbewerber in der Landeshauptstadt
- 4.6 Information zu den Abstimmungen mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und der Landesdenkmalpflege zur Nutzung der Vorfläche des Babelsberger Parks
- 4.7 Information zur gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark 2013
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14. November 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkte 3.1 – 3.4, Vorlagen die Lindenstraße betreffend, weil erst die Beratung im Ausschuss für Kultur abgewartet und dann abschließend in der Hauptausschusssitzung am 12.12.12 beraten werden soll,
- Tagesordnungspunkt 3.5, DS 12/SVV/0474, Kein Verkauf von Meldeadressen - hier hatte die antragstellende Fraktion auch im Ausschuss Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung um eine Zurückstellung gebeten,
- Tagesordnungspunkt 3.7, DS 12/SVV/0644, Vertragsverlängerung Intendantur Hans Otto Theater GmbH, auf Wunsch der Antragstellerin,
- Tagesordnungspunkt 3.12, DS 12/SVV/0703, Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung, da hierzu das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt,
- Tagesordnungspunkt 3.16, DS 12/SVV/0732, Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014, da hierzu noch nicht alle Ausschüsse beraten haben.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg um die öffentliche Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.2, DS 12/SVV/0784, Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, Handlungsoptionen für das Grundstück "Hotel Mercure" und macht darauf

aufmerksam, dass hier ein Auftrag abgearbeitet wurde, der so nicht von der Stadtverordnetenversammlung erteilt worden sei.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese Frage entsprechend der Brandenburgischen Kommunalverfassung nicht öffentlich zu beraten und evtl. am 12.12.12 erneut aufzurufen.

Zum Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ beantragt Herr Dr. Scharfenberg eine Information bezüglich der „Stromtrasse Marquardt“.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 80. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 14. November 2012 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte Lindenstraße

Vorlage: 12/SVV/0753

Oberbürgermeister

zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.12

zu 3.2 Museum Lindenstraße 54/55

Vorlage: 11/SVV/0623

Fraktion BürgerBündnis

zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.12

zu 3.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54

Vorlage: 11/SVV/0861

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 12.12.12

zu 3.4 Besetzung der Leitung der Gedenkstätte Lindenstraße 54

Vorlage: 12/SVV/0142

Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 3.5 Kein Verkauf von Meldeadressen

Vorlage: 12/SVV/0474

Fraktion Die Andere

zurückgestellt auf Wunsch der Antragstellerin

zu 3.6 Umsetzung der Empfehlungen der Transparenzkommission - Sponsoring-Richtlinien und Compliance-Richtlinie

Vorlage: 12/SVV/0511

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dahlmann bringt die Vorlage ein und verweist auf die dazu ausgereichte neue Fassung vom 19.11.2012. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Wortlaut:

Unter Punkt 3.): Rahmenrichtlinie über einheitliche (Mindest-)Standards für Compliance-Programme in den Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (Compliance-Richtlinie – gemäß Anlage 3) wird in Anlage 3 unter Punkt 6.2 „Benennung einer/s Compliance Beauftragten“, im Absatz 2, ein neuer Satz 2 eingefügt: „Die /der Compliance Beauftragte arbeitet weisungsunabhängig.“

werde, soweit dem rechtlich nichts entgegensteht, übernommen.

Die so geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

- 1.) Rahmenrichtlinie über die Förderung Dritter durch Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie zum aktiven Sponsoring - gemäß Anlage)
- 2.) Rahmenrichtlinie über die Förderung von Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam durch Dritte (Richtlinie zum passiven Sponsoring - gemäß Anlage)
- 3.) Rahmenrichtlinie über einheitliche (Mindest-)Standards für Compliance-Programme in den Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (Compliance-Richtlinie - gemäß Anlage)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 3.7 Vertragsverlängerung Intendantur Hans Otto Theater GmbH

Vorlage: 12/SVV/0644

Fraktion FDP

HA zur Erledigung

zurückgestellt auf Wunsch der Antragstellerin

zu 3.8 Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung

Vorlage: 12/SVV/0654

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Auf die Anmerkung von Herrn Weise, dass die Anwendung der Kriterien des Umweltzeichens „Blauer Engel“ nicht für EU-weite Ausschreibungen gelte, verweist Herr Heuer darauf, dass dies mit der Formulierung „soweit möglich“ im Beschlusstext bereits berücksichtigt sei.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu

beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung auf Grundlage des Bundesprogramms zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in der Potsdamer Stadtverwaltung einzuführen.

Dabei sollen die jeweiligen Geschäftsbereiche im Rahmen der geltenden rechtlichen Bestimmungen und unter Beachtung des vergaberechtlichen Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes fortan:

- a) nur noch Produkte der **jeweils höchsten Energieeffizienzklasse** (z.B. Bürogeräte) beschaffen, sofern die Produkte das erforderliche Leistungsprofil aufweisen;
- b) Bei Ausschreibungen, sofern möglich, sollen die Kriterien des **Umweltzeichens „Blauer Engel“** verwendet werden; ansonsten sollen die Kriterien des Europäischen Umweltzeichens, des Energy Stars oder vergleichbarer Label genutzt werden oder deren Standards.
- c) Der Anteil des **Einsatzes von Recyclingpapier** (z. B. für Kopierarbeiten, Briefumschläge und Druckerzeugnisse) soll – wo wirtschaftlich und technisch möglich – schrittweise auf mindestens 90 % in 2015 gesteigert werden.
- d) Einzelmaßnahmen sollen geprüft werden, die sichern, dass sich das eigene Beschaffungs- und Bauwesen spätestens bis zum Jahr 2020 auch an **biodiversitätserhaltenden Standards** (Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung) orientiert.
- e) Bei geeigneten Ausschreibungen soll bei Bietern als Nachweis ihrer technischen Leistungsfähigkeit eine **Zertifizierung nach einem Umweltmanagementsystem** (EMAS und ISO 14001 oder nach gleichwertigen Standards) abgefragt werden.
- f) Das **Personal in den Vergabestellen** soll regelmäßig im Sinne einer nachhaltigen Beschaffung weiter gebildet werden und insbesondere in geeigneten Ausbildungsstätten wie z. B. der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) entsprechende Angebote eingeführt werden.
- g) **Lebenszykluskosten** sollen bereits in die Leistungsbeschreibung einbezogen werden, indem Mindestanforderungen zum Beispiel an den Energieverbrauch gestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über den Umsetzungsstand regelmäßig, mindestens einmal im Jahr zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3.9 Standpunkt zur Verwaltungsreform
Vorlage: 12/SVV/0657
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein, mit der seine Fraktion eine Chance sehe, Vorschläge in die Enquetekommission zur Reform der Landes- und

Kommunalverwaltung einfließen zu lassen.

Herr Heuer spricht sich gegen den Antrag aus, auch wenn er das Anliegen für richtig halte. Der Standpunkt der Landeshauptstadt Potsdam sei durch den Oberbürgermeisters bereits verkündet worden.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Bericht der Enquetekommission, wenn er denn vorliegt, im Hauptausschuss zu beraten.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Die Landeshauptstadt Potsdam erarbeitet im Rahmen der bevorstehenden landesweiten Verwaltungsreform einen eigenen Standpunkt.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der Vorschläge für die Weiterführung der Verwaltungsreform in Potsdam mit Blick auf das Jahr 2020 entwickelt werden. Dazu sollten auch Vertreter des Landkreises Potsdam-Mittelmark eingeladen werden, um Vorschläge für die Vertiefung der Kooperation zwischen der Stadt und dem Landkreis zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe sollte Anfang 2013 arbeitsfähig sein.

Der Hauptausschuss ist im Dezember 2012 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	10
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.10 Sozialtarif Energieversorgung

Vorlage: 12/SVV/0680

Fraktion DIE LINKE

Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein, mit dem er eine Möglichkeit für einen sozialen Ausgleich durch Gutscheine oder einen Sozialtarif sehe.

Den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen mit dem Wortlaut:

Des Weiteren soll geprüft werden, ob anstatt eines einmaligen „Energiesozialtarifs“ ein „Energiespar-Tarif“ bei der EWP für alle HaushaltseinkundInnen eingeführt werden kann, der eine Grundmenge an Energie preiswert zur Verfügung stellt und den darüber hinausgehenden Verbrauch an eine progressive Preissteigerung koppelt.

übernehme seine Fraktion, allerdings unter der Maßgabe, in der 1. Zeile die Worte „anstatt eines einmaligen ‚Energiesozialtarifs‘“ zu streichen.

Herr Menzel erläutert das Anliegen der genannten Ergänzung, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantrage, weil ihnen der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE nicht weit genug gehe. Deshalb solle auch die von Herrn Dr. Scharfenberg vorgeschlagene Streichung nicht erfolgen.

Herr Schultheiß betont, dass er mit der Drucksache Schwierigkeiten habe, weil damit die Verbraucher noch weiter belastet werden. Er halte es für eine Heuchelei, die erhöhten Kosten von der Stadt tragen zu lassen, zumal auch im

Aufsichtsrat der EWP Stadtverordnete sitzen, die durch ihr Abstimmungsverhalten darauf hätten Einfluss nehmen können.

Herr Dr. Scharfenberg weist diesen Vorwurf zurück; die Stadt habe auch für sozial Schwache Verantwortung zu tragen. Bezüglich der Äußerungen von Herrn Menzel verweist er auf Absprachen mit der Fraktionsvorsitzenden und plädiert für eine Verständigung in der Fraktion.

Auf Grund der unklaren Situation, so Herr Heuer, sollten die Anträge zurückgestellt und Vertreter der EWP dazu angehört werden. Außerdem habe er Bedenken, dass der Antrag nicht in das System passt, in dem Härtefälle bereits abgedeckt seien und das Anliegen somit bereits abgedeckt wäre. Ein weiterer Gesichtspunkt sei das Ziel, Energie zu sparen – bei einem kostengünstigen Angebot werde der Mehrverbrauch gefördert.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen eine Zurückstellung aus, denn das Anliegen sei eindeutig und löse einen ebenso eindeutigen Handlungsauftrag aus. Erst sollten entsprechende Vorschläge unterbreitet werden über die man dann diskutieren könne.

Der Oberbürgermeister spricht sich für eine Zurückstellung aus, weil er glaube, dass hier zwei unterschiedliche Anliegen zum Ausdruck gebracht werden. Neben einer Verständigung der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sollte man sehen, wie beides zu koppeln sei.

Der Antrag auf **Zurückstellung** wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen **angenommen**.

zu 3.11 **Ausgabestelle der Potsdamer Tafel Am Schlaatz**

Vorlage: 12/SVV/0685

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und verweist auf die neue Fassung vom 07.11.2012. Der Antrag habe sich dann erledigt, wenn Frau Müller-Preinesberger bestätigt, dass ein entsprechender Vertrag mit der Potsdamer Tafel zeitnah geschlossen und die Nutzung des Gebäudes ab Anfang des nächsten Jahres angestrebt werde.

Frau Müller-Preinesberger informiert über einen gestern verschickten Brief an die Potsdamer Tafel mit der Information, dass das Büro in der Geschwister-Scholl-Straße weiter genutzt werden könne und die Drewitzer Straße angemietet werde. Auf Nachfrage, ob die Umbauten ein Problem seien, gibt sie zur Kenntnis, dass die Stadt die Mietzahlungen vollständig übernehmen werde und alle notwendigen Umbauten veranlasse. Darüber hinausgehende Wünsche zur schöneren Gestaltung des Objekts werden Grenzen haben.

Auf Nachfrage und Hinweis von Herrn Menzel bezüglich der ungünstigen Öffnungszeiten, entgegnet sie, dass das mit dem Vorstand der Potsdamer Tafel zu besprechen und gegebenenfalls anzupassen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum Eröffnungstermin, nennt sie den 01. Februar 2012 – Herr Dr. Scharfenberg meint, besser sei so schnell wie möglich.

Mit diesen Informationen erklärt Herr Dr. Scharfenberg den Antrag als erledigt.

zu 3.12 **Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH**

Vorlage: 12/SVV/0695

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
mit Ea Fraktion DIE LINKE, Äa Fraktion Die Andere, Äa Fraktion SPD

Gegen das für den Betriebsrat beantragte Rederecht erhebt sich kein Widerspruch. Das Rederecht wird von Frau Löchel wahrgenommen, die in ihren Ausführungen die Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung in Frage stellt, auf den Brief der Kinderärzte an die Fraktionen hinweist und einen Vorschlag zur Ergänzung der Beschlussvorlage unterbreitet.

Der Oberbürgermeister betont in seinen Ausführungen, dass hier nichts „übers Knie gebrochen“, sondern die Beschlussvorlage ordentlich in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde. Außerdem haben sich alle Fraktionen damit beschäftigt und es liege eine Vielzahl von Änderungsanträgen vor. Diese Änderungswünsche seien in die geänderte Fassung mit eingeflossen; außerdem werde die im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beschlossene Änderung bezüglich eines „Überleitungstarifvertrages“ übernommen.

In den weiteren Ausführungen betont Frau Müller-Preinesberger, dass die Gründung einer GmbH vorgeschlagen werde, die an zwei Standorten tätig sei. Sie betont, dass eine Kooperation an dieser Stelle nicht ausreiche und man sich sowohl von einer wohnortnahen Daseinsvorsorge habe leiten lassen als auch davon, dass den Mitarbeitern des Klinikums „Ernst von Bergmann“ gesicherte Verhältnisse geboten werden.

Bezug nehmend auf die Frage, warum der Beschluss gerade jetzt gefasst werden müsse, verweist Herr Prof. Wenisch darauf, dass sich das aus der existierenden „Mindestmenge“ an Frühgeborenen unter 1000 g erkläre, die derzeit durch die Bundesregierung ausgesetzt sei. Das Klinikum „Ernst von Bergmann“ überspringe diese Menge knapp, das Klinikum in Brandenburg liege aber weit darunter. Wenn die „Mindestmenge“ wieder gelte, müssten betroffene Mütter und Kinder ansonsten nach Berlin verlegt werden, was nicht dem Ziel einer wohnortnahen Versorgung entspreche. Deshalb habe das Klinikum „Ernst von Bergmann“ diesen Antrag gestellt, der vom Aufsichtsrat positiv beschieden wurde. Er bittet, dem Anliegen zuzustimmen, denn auch andere Kliniken könnten auf diese Idee kommen. Er spricht sich für einen ordentlichen Überleitungsvertrag für die Mitarbeiter aus.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Anliegen nicht neu sei. Ihn erstaune es, dass die Frage des Überleitungstarifvertrages nicht schon im Vorfeld besprochen wurde. Deshalb sei die naheliegende Frage, was passiere, wenn man sich zwei Monate Zeit nehme, um die offenen Fragen zu klären.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass Potsdam ein Teil des Ganzen sei und die Stadt Brandenburg schon längst einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. Herr Prof. Wenisch habe deutlich gemacht, dass auch andere Partner am Start seien und damit wäre Potsdam schlecht beraten. Die Vorschläge zur tariflichen Absicherung der Mitarbeiter sollen in die Verträge integriert und möglichst tarifvertraglich gesichert werden. Die Details sollen von Fachleuten geregelt und das Ergebnis könne dem Hauptausschuss vorgelegt werden. Er spricht sich für eine heutige Abstimmung aus.

Ebenso betont Herr Dienst, dass die jetzige Fassung des Antrags die größtmögliche Sicherheit auch für die Mitarbeiter gebe.

Auf Nachfrage von Herrn Kirsch, welche Berliner Kliniken für eine Versorgung in Frage kommen, nennt Herr Prof. Wenisch das Virchow-Klinikum und das Klinikum Neukölln. Er betont, dass Potsdam aber nicht freiwillig auf diesen Teil seines

Angebots verzichten wolle.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche Botschaft es an die Mitarbeiter zu ihrem Anliegen gebe, betont der Oberbürgermeister, dass es eine größere Sicherheit als die, es in die Hände der tarifvertraglichen Parteien zu geben, es nicht geben könne – auch Ver.di sitze mit am Tisch.

Herr Heuer verweist auf das Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mit dem Wortlaut:

Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH als gemeinsame Tochtergesellschaft der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH und der Städtischen Klinikum Brandenburg GmbH gemäß anliegendem Gesellschaftsvertrag.

Die Geschäftsführung des KEvB wird beauftragt, für die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendklinik, die in die gemeinsame Gesellschaft übergehen sollen, unter Einbeziehung des Betriebsrates einen Überleitungstarifvertrag für den Wechsel in die neue Gesellschaft zu verhandeln. Dieser soll sicherstellen, dass für die Arbeitsverhältnisse der überzuleitenden Beschäftigten zur Wahrung des Besitzstandes die im KEvB geltenden Tarifverträge und sonstigen Vorschriften hinsichtlich der materiellen Arbeitsbedingungen weiter gelten, bis die Klinikum Westbrandenburg GmbH einen eigenen Tarifvertrag abschließt.

und empfiehlt, dieses anzunehmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Scharfenberg, den Antrag bis zur Vorstellung eines Überleitungstarifvertrages zurückzustellen und in den Beschlusstext entsprechend dem Vorschlag des Betriebsrates, im zweiten Absatz, 1. Zeile einzufügen:

Die Geschäftsführung wird beauftragt, **vor Wirksamwerden der Gründung des Klinikums Westbrandenburg** mit dem Beschäftigten ...

wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen.

Anschließend übernimmt der Oberbürgermeister die Fassung aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales und stellt diese zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH als gemeinsame Tochtergesellschaft der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH und der Städtischen Klinikum Brandenburg GmbH gemäß anliegendem Gesellschaftsvertrag.

Die Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ wird beauftragt, für die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendklinik, die in die gemeinsame Gesellschaft übergehen sollen, unter Einbeziehung des Betriebsrates einen Überleitungstarifvertrag für den Wechsel in die neue Gesellschaft zu verhandeln. Dieser soll sicherstellen, dass für die Arbeitsverhältnisse der überzuleitenden Beschäftigten zur Wahrung des Besitzstandes die im KEvB geltenden Tarifverträge und sonstigen Vorschriften hinsichtlich der materiellen Arbeitsbedingungen weiter gelten, bis die Klinikum Westbrandenburg GmbH einen eigenen Tarifvertrag abschließt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 3.13 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung

Vorlage: 12/SVV/0703

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

zurückgestellt

zu 3.14 Straßenreinigungssatzung 2013

Vorlage: 12/SVV/0726

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
mit Äa Fraktion DIE LINKE

Frau Müller-Preinesberger informiert über die im Ausschuss Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung beschlossenen Änderungen. Daraus resultierend seien heute als Tischvorlage die angepassten Anlagen ausgereicht worden.

Herr Rietz führt aus, dass im Jahr 2013 die Anlieger der genannten Straßen befragt werden, ob die betreffende Straße auch ab 2014 weiter im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam gebührenpflichtig gereinigt werden soll. Entscheiden sich mindestens zwei Drittel der Anlieger dafür, bleibe es bei der Reinigung durch die Stadt, d.h. die Bürger sollen selbst entscheiden, ob sie eine Änderung der vorgegebenen Systematik wollen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die 3 von der Fraktion DIE LINKE vorliegenden Änderungsanträge; auf seine Bitte wird zuerst über den Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut abgestimmt:

1.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Entwurf der Straßenreinigungssatzung 2013 entsprechend dem Beschluss der StVV vom 22.08.2012 zu überarbeiten. Änderungen zwischen den Reinigungsklassen 1 bis 5 (Reinigung durch die STEP) und der RK 6 (Reinigung durch die Anlieger) sollen nur dann erfolgen, wenn dies die Mehrheit der Anlieger wünscht oder die derzeitige Reinigung nicht das gewünschte Ergebnis hat. Darum sind die ca. 109 Straßen, welche seitens der Stadt ohne Rücksprache mit den Anliegern von Reinigung in Selbstreinigung geändert wurden, wieder in eine Reinigungsklasse der STEP einzuordnen.

2.

Zusätzlich zu den im Entwurf bezeichneten Reinigungsklassen 1 bis 6 ist eine weitere Reinigungsklasse zu bilden, die RK 5 b heißen kann. Diese Reinigungsklasse RK 5 b umfasst Wohngebietsstraßen mit maschineller Reinigung ohne zusätzliche manuelle Kehrtätigkeit der STEP. Es handelt sich um Straßen in Wohngebieten mit mittlerer bis dichter Bebauung, die in den zurückliegenden Jahren von der STEP gereinigt wurden. Es wird für diese Reinigungsklasse eine maschinelle Reinigung aller Fahrbahnen durch die STEP festgesetzt. Die Reinigungspflicht für neben den Fahrbahnen gegebenenfalls vorhandene Parkbuchten wird auf die Anlieger übertragen, die auch den daneben liegenden Gehweg zu reinigen haben. Alle Straßen, für die bis zu dreistöckige Bebauung typisch ist, werden aus dem Pool der von der Verwaltung neu in RK 6

verlagerten ca. 109 Straßen herausgelöst und in diese RK 5 b eingeordnet.

3.

Straßen mit typischerweise höherer als dreistöckiger Bebauung werden aus dem Pool der von der Verwaltung neu in RK 6 verlagerten ca. 167 Straßen herausgelöst und in die RK 4 oder RK 5 des aktuellen Satzungsentwurfes eingeordnet.

4.

Die unter Punkt 2. und 3. bezeichneten Neueinordnungen gelten so lange, bis eine Mehrheit der betreffenden Anlieger entsprechende Änderungen bei der Politik anmeldet und die StVV dies mehrheitlich zur Änderung bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 4 Ja-Stimmen.

Anschließend bringt Herr Dr. Scharfenberg einen weiteren Änderungsantrag ein, mit dem die von den Fraktionen CDU/ANW, SPD und BürgerBündnis favorisierte Fragestellung umgekehrt werde.

Der Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Die Bezugsbasis für die Befragung der Potsdamer zur Straßenreinigung in der Übergangsphase 2013 ist entgegen dem Vorschlag der Fraktionen CDU/ANW, SPD, BürgerBündnis in ihrem Änderungsantrag vom 22.11.2012 umzukehren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*... Alle Straßen, die in 2012 im Auftrag der LH Potsdam gereinigt wurden und in der vorliegenden Drucksache erstmals in die Reinigungsklasse 6 (Reinigung durch die Anlieger) eingeordnet sind, werden im Jahr 2013 weiter gebührenpflichtig im Auftrag der Landeshauptstadt gereinigt und in eine entsprechende Reinigungsklasse eingeordnet. Die Reinigung wird nicht auf die Anlieger übertragen. Im Jahr 2013 werden die Anlieger dieser Straßen befragt, **ob sie die betreffende Straße ab 2014 in Selbstreinigung säubern möchten.** Entscheiden sich mindestens zwei Drittel der Anlieger dafür, **wird die Straße ab 2014 in Selbstreinigung eingeordnet.** Entscheiden sich weniger als zwei Drittel der Anlieger für die **Selbstreinigung**, dann erfolgt weiterhin eine **gebührenpflichtige Reinigung im Auftrag der Landeshauptstadt.** Die Feststellung des Befragungsergebnisses erfolgt gewichtet nach dem Frontmetermaßstab.*

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 4 Ja-Stimmen.

Der dritte Änderungsantrag mit dem Wortlaut:

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut zu prüfen, ob bzw. wie die Reinigungspflicht für baulich erkennbar von der Straße abgesetzte Parkbuchten und Baumscheiben auf die jeweiligen Anlieger übertragen werden kann, die auch die Reinigungspflicht für den benachbarten Gehweg haben. Das Prüfergebnis ist der StVV bis April 2013 mitzuteilen. Im Versagensfalle sind explizit die ursächlichen Gesetzesgrundlagen und Gerichtsurteile darzustellen und zu begründen.

sei zwar rechtlich nicht möglich, so Frau Müller-Preinesberger, werde aber von

der Verwaltung als Prüfauftrag angenommen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters bestätigt Herr Dr. Scharfenberg, dass sich damit eine Abstimmung erledigt hat.

Die geänderte Straßenreinigungssatzung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2013.
sowie

1. Die Drucksache 12/SVV/0726 - Straßenreinigungssatzung 2013 wird wie folgt geändert: Wie bereits mit der DS 12/SVV/0326 beschlossen, werden alle Straßen, die 2012 in der RK 6 sind, auch für 2013 der RK 6 zugeordnet. Alle Straßen, die in der Straßenreinigungssatzung 2012 im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam gereinigt wurden und in der vorliegenden Drucksache erstmals in die Reinigungsklasse 6 (Reinigung durch die Anlieger/Eigentümer) eingeordnet sind, werden im Jahr 2013 weiter gebührenpflichtig im Auftrag der Landeshauptstadt gereinigt und in eine entsprechende Reinigungsklasse eingeordnet. Die Reinigung wird nicht auf die Anlieger übertragen. Im Jahr 2013 werden die Anlieger dieser Straßen befragt, ob die betreffende Straße auch ab 2014 weiter im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam gebührenpflichtig gereinigt werden soll. Entscheiden sich mindestens zwei Drittel der Anlieger dafür, erfolgt weiterhin eine gebührenpflichtige Reinigung im Auftrag der Landeshauptstadt. Entscheiden sich weniger als zwei Drittel der Anlieger für die gebührenpflichtige Reinigung im Auftrag der Landeshauptstadt, wird die Pflicht zur Reinigung der betreffenden Straße ab 2014 auf die Anlieger übertragen. Die Feststellung des Befragungsergebnisses erfolgt gewichtet nach dem Frontmetermaßstab.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen eine zukünftige Einbeziehung des gesamten Potsdamer Straßennetzes in eine Reinigung im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam haben würde.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

zu 3.15 Straßenreinigungsgebührensatzung 2013

Vorlage: 12/SVV/0727

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Die geänderte Straßenreinigungsgebührensatzung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2013 –
Fassung vom 28.11.2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

zu 3.16 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 12/SVV/0732

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

zurückgestellt

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Zwischenbericht zur Umsetzung des Modellprojektes "Flexible Mietpreis- und Belegungsbindungen"

Vorlage: 12/SVV/0675

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Böttche erläutert die Vorlage und beantwortet die Nachfrage von Frau Dr. Müller zu den auf Seite 6 genannten Relationen zwischen 1- und 2-Raum-Wohnungen. Der Oberbürgermeister dankt Herrn Böttche für seine diesbezügliche Initiative und sein Engagement.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Information über die Situation am Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2011 (Wohnungsmarktbericht 2012)

Vorlage: 12/SVV/0707

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob es richtig sei, dass ca. 1/3 der vergebenen Wohnberechtigungsscheine „versorgt“ werde, 1/3 sich „erledige“ und 1/3 offen bleibe, bestätigt Herr Böttche. Damit, so Herr Dr. Scharfenberg, zeige sich, dass die Wohnungen im Staudenhof dringend benötigt werden, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, vor allem 1- und 2-Raum-Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen. Darüber hinaus meine er, dass mit der Richtlinie zur Kostenbeteiligung noch ein weiterer Kostenfaktor für Mieter hinzugefügt werde. Herr Heuer verweist auf die bestehende Beschlusslage und drauf, dass im Staudenhof nach dem Neubau mehr und außerdem sozialverträgliche Wohnungen zur Verfügung stehen werden als vorher.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Mögliche Zuordnung von Seen (des Fahrländer Sees)

Vorlage: 12/SVV/0796

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Zu dieser Mitteilungsvorlage, so Herr Dr. Scharfenberg, habe er sich gewundert, denn die Stadt halte es nach wie vor für nicht für erforderlich, sich um eine Zuordnung des Fahrländer Sees zur Landeshauptstadt Potsdam zu bemühen. Der Oberbürgermeister betont, dass es Anliegen der Stadt sei, die Privatisierung der Seen zu verhindern; sie habe sich deshalb mit der Bitte um Regelung an das

Land gewandt. Dieses Ziel sei erreicht worden und deshalb sehe er derzeit keine Veranlassung, sich hier um einen Erwerb zu bemühen; auch nicht um eine kostenlose Zuordnung. Das Land wolle sich von den Verpflichtungen, die mit den Seen verbunden seien, befreien und prüfe deshalb eine Übertragung, wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt. Herr Exner weist darauf hin, dass auch bei einer kostenlosen Übertragung auf die Stadt die Pflichten bezüglich der Bewirtschaftung genauer zu prüfen seien.

Die Fraktion DIE LINKE, so Herr Dr. Scharfenberg, ist mit der Mitteilungsvorlage nicht einverstanden, weil sie dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nicht entspreche.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Umsetzung des Anliegens gemäß DS 12/SVV/0147, "Zentraler Gedenkort" Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister führt aus, dass er noch im Dezember Gespräche zur Gestaltung des 27. Januars führen und sich dazu mit den Fraktionen, Vertretern der VVN und Vertretern der Lindenstraße zusammensetzen werde, um eine würdige Gedenkveranstaltung initiieren zu können. Darüber hinaus sehe er weiteren Gesprächsbedarf, um zu klären, an welchen Tagen und welchen Orten, welche Gedenken durchgeführt werden. Die Stadt sollte sich Gedanken machen, wie sie mit Gedenktagen umgehen und wo sie sich selbst aktiv beteiligen wolle – also sie selbst organisiert oder eben sich nur passiv beteiligt. Das benötige ein Stück Selbstverständnis und einen Dialog.

Frau Dr. Schröter merkt kritisch an, dass sich die Problemlage im Januar dieses Jahres entwickelt und der Oberbürgermeister sich bereits im Juni der Sache angenommen habe. In dem vergangenen halben Jahr hätte ein großer Teil der Probleme „abgeräumt“ werden können. Die jetzt vorgetragene Blickrichtung und die Ideen seien nicht neu.

Der Oberbürgermeister betont, dass er wenig optimistisch bezüglich einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung sei, weil es große emotionale Vorbehalte gebe. Trotzdem wolle er sich darum bemühen und Anfang Januar einen Bericht dazu geben. Er kündigt an, dass er, wenn es keine Einigung gebe, an zwei Veranstaltungen teilnehmen werde.

zu 4.5 Information über die Aufnahme zusätzlicher Asylbewerber in der Landeshauptstadt

Frau Müller-Preinesberger informiert darüber, dass die Stadt ab dem Jahr 2013 ff 143 Asylbewerber zusätzlich aufnehmen müsse, wofür die notwendigen Kapazitäten fehlen. Am gestrigen Tag habe eine geschäftsübergreifende Taskforce zusammengesessen, um eine bestmögliche Lösung zu finden. Sie sei für jede Idee zur möglichen Nutzung von Liegenschaften dankbar und werde diese prüfen. Einfach zu lösen sei diese Aufgabe jedoch nicht. In der nächsten Woche werde es eine weitere Zusammenkunft geben, um die Terminschiene zu besprechen.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Quote in 2012 bis Jahresende gesichert sei, bejaht Frau Müller-Preinesberger, da mehrere Auszüge aus den

Gemeinschaftsunterkünften erwartet werden.

zu 4.6 **Information zu den Abstimmungen mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und der Landesdenkmalpflege zur Nutzung der Vorfläche des Babelsberger Parks**

Hierzu, so der Oberbürgermeister, haben mehrere Abstimmungsgespräche mit der Stiftung stattgefunden; ein längeres davon unter Beteiligung von ICOMOS. Im Ergebnis konnte keine Einigung bezüglich der Nutzung der Vorfläche des Babelsberger Parks für den SV Concordia Nowawes 06 e. V. erzielt werden. Nachdem dieser Dissens festgestellt wurde, strebe die Stadt nun eine Ministerentscheidung an. Der geplante Fußballplatz kann demzufolge nicht in Angriff genommen werden, weil die notwendigen Genehmigungen fehlen. Der Verein sei über die Ergebnisse informiert worden.

Anschließend erläutert Herr Goetzmann per visueller Darstellung die Variante 4, die von der Denkmalpflege nicht genehmigt worden sei. Herr Klipp weist darauf hin, dass die Untere Denkmalschutzbehörde dem Vorschlag zugestimmt habe und diesen auch aktiv betreibe. Er merkt im Weiteren an, dass auch der Vorschlag, entsprechende Flächen an die Stiftung zu übertragen, leider nicht geholfen habe, um zu einer Einigung zu kommen.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, wie nun mit dem Fußballverein weiter verfahren werde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass es keine Ersatzflächen gebe. Obwohl hier verschiedenste Möglichkeiten geprüft worden seien, habe dies aus den unterschiedlichsten Gründen nicht funktioniert.

Herr Goetzmann erläutert dies ebenso an Hand visueller Darstellung.

Herr Sändig äußert seinen Unmut über die Sachlage; er als Gründungsmitglied des SV Concordia Nowawes 06 e. V. frage sich, wie zwei Umweltbehörden zu so unterschiedlichen Stellungnahmen kommen. Seine Nachfrage, ob der Ausbau der Sandscholle möglich sei, wird verneint – auch hier habe es bereits eine Prüfung gegeben.

zu 4.7 **Information zur gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark 2013**

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark am 09. Januar 2013 durchzuführen, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 **Sonstiges**

Bezug nehmend auf die von Herrn Dr. Scharfenberg erbetene Information bezüglich der „**Stromtrasse Marquardt**“ teilt der Oberbürgermeister mit, dass der Termin mit E.on edis am 11. Dezember 2012 stattfinde und er in der Hauptausschusssitzung am 12.12.12 informieren werde.

Bezüglich der von der Fraktion FDP erbetenen Information zur Überprüfung und **Fortschreibung des Konzeptes zur Suchtprävention und Suchthilfe** teilt Frau Müller-Preinesberger mit, dass es eine Beschlussvorlage für die März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geben werde und in die Vorabstimmung auch das staatliche Schulamt und andere mit einbezogen worden seien.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg zur nächsten Hauptausschusssitzung um eine Information über Hintergründe und Erfahrungen bezüglich der einheitlichen **Einwahl D 115**.